

## Haushalt 2010

2. Juni 2010

Wir – der Rat - sind wieder gefordert, über den Haushalt der Stadt Dorsten zu entscheiden; nur- eine wirkliche Entscheidungsfreiheit besteht nicht mehr. Mit einem Fehlbedarf von 38 Mio. €, der sich in absehbarer Zeit eher erhöhen wird denn verringern, kommt es immer stärker darauf an, gemeinsam um wirklich wichtige Ziele und Strukturen für unsere Stadt zu streiten. Auf der einen Seite die Einnahmesituation zu verbessern wie über beispielsweise Gewerbesteuer als auch bei den Ausgaben auf Nachhaltigkeit zu achten. Damit meine ich, Kindergärten möglichst beitragsfrei gestalten zu können – hier kommt es auch auf die Landesregierung an, ein gerechtes Schulsystem, das allen Kindern - egal, aus welcher sozialen oder geographischen Bereichen eine optimale Förderung verspricht. Hier meinen wir auch eine engagierte Begleitung von Familien, um auch im Bedarfsfalle so früh wie möglich unterstützen zu können, zu fördern. Ideal wäre keine zwangsweise Unterbringung von Kindern in Heimen – nicht nur um überraschende Kosten zu sparen, die alljährlich ansteigen und offensichtlich parallel zur wirtschaftlichen Situation in der Bevölkerung sich entwickeln.

**Gesunde Kinder sind unser höchstes Wirtschaftsgut, in das sich gute Investitionen immer rechtfertigen.**

Außerdem verspricht eine qualitätsvolle Infrastruktur auch eine Attraktivität, die es jungen Familien erleichtert, sich für die Stadt Dorsten als Wohnort zu entscheiden. Wenn das nicht gelingen sollte, werden die Auswirkungen für die Stadt, deren demografische Entwicklung, deren Infrastruktur (dann zu groß) bis hin zum lebendigen gesellschaftlichen Miteinander und Kultur desaströs.

Laut der Bertelsmann Stiftung wird es in unserer Region NRW zwar wesentlich mehr Menschen im erwerbstätigem Alter geben als in Ostdeutschland, sie geht allerdings davon aus, dass diese Gruppe in 2025 noch nicht mal 25 % der Bevölkerung ausmachen werden.

19-24 jährige	Bis unter 15 %
25 -44 jährige	Bis unter 5%
45-64 jährige	Bis unter 5%

Quelle: Bertelsmann Stiftung

Da sind kluge Konzepte mit nachhaltiger Weitsicht gefordert, nicht die Hörigkeit auf bestimmte Lobbys, seien die – nachgewiesenen – Geldinvestitionen an entscheidende Parteien auch noch so nachvollziehbar. Davon wird auch abhängen, ob sich neue Betriebe und damit Arbeitsplätze in unserer Region ansiedeln werden.

Dies nur noch mal für die Leute, die meinen, wir bräuchten uns nicht engagiert um solch Themen kümmern wie Schulformen oder das UN Recht auf Inklusion in den Schulentwicklungsplan mit einzuarbeiten. Schon seit Jahren stehen erwiesenermaßen große Flächen ungenutzt, aber beheizt in den Schulen zur Verfügung, werden 7 stellige Beträge für den Schülertransport ausgegeben. Aber mehr als 2 Jahre nach der Zusammenlegung der HS nach Lembeck können die SchülerInnen aus Wulfen auch nach Schulschluss mit dem Bus passend abgeholt werden, zufällig. Wir erwarten von der Verwaltung für die Zukunft, dass sie nicht wieder ignorant gegenüber anderen Anregungen als

die aus der Mehrheitsfraktion verhalten, sie stattdessen aufnehmen in ihre Planungen, die ja auch unsere Planungen sein sollen. Der jetzige SEP verlangt es geradezu.

Wir haben in Dorsten mit rund 16 Jahren eine lange Erfahrung mit Einsparansätzen im städt. Haushalt. Trotzdem ist die nun vorgelegte Broschüre der Verwaltung eine gute Vorlage, um Betrachtungsweisen deutlich zu machen. An manchen Punkten dachten wir auch „wieso erst jetzt?“, andere bieten wieder Anlass zur Kritik. Dass grundsätzlich ohne große Tabus nachgedacht wird macht Sinn – wenn denn eine politische Bewertung **vor** der letztendlichen Entscheidung steht.

Wenn Sparansätze getroffen werden – wie z.B. in punkto Gebäudereinigung – sollten wir auch immer im Blick behalten, wodurch und auf Kosten von was und wem die Einsparungen durchgeführt werden. Nehme ich nur mal das vielleicht auch etwas strapazierte Beispiel der Gebäudereinigung: Durch Stellenabbau bei der Stadt und Übertragung der Aufgaben an private (Chefs, gut verdienend, sind in der Regel Männer) erhalten die Reinigerinnen deutlich weniger im Stundenlohn. Bei einer Gebäudereinigung in der Stadt verdienen die MA z.B. nach der kürzlich erfolgten Gehaltserhöhung 8,50€. Je nachdem, wie viele Menschen davon leben müssen kann es auch sein, dass ergänzende Sozialhilfe zu zahlen ist, was dann wieder vom Kreis und damit über die Kreisumlage von den Kommunen zu zahlen ist.

Dies nochmal kurz auch an unseren Kollegen von der FDP, der in der letzten HFA Sitzung an dem Beispiel meinte, er sei so froh, in der FDP und damit großer Unterstützer dieser Maßnahmen zu sein.

Dass so viele gute Jobs verschwinden und immer weniger auskömmlich verdient werden kann hat eben auch Ursachen. Dass immer mehr Menschen auf Sozialleistungen des Staates angewiesen sind eben auch. Klar, die Gehälter müssen von den Betrieben auch bezahlt werden können aber die Soziallasten und Steuern müssen auch von allen getragen werden.

Unser größtes Luxusgut ist immer noch das Atlantis. Beschlossen von CDU, FDP und SPD gegen unsere Stimmen brachten wir uns doch äußerst konstruktiv in den Prozess nach der Insolvenz ein, um solidarisch nach Lösungsmöglichkeiten zu arbeiten. Erstaunlicherweise bleibt der Zuschuss so hoch trotz immer wieder erheblicher Investitionen, der Bericht der Geschäftsführung dagegen sparsamst. Ein Einblick wurde dem grünen Mitglied des Verwaltungsrates trotzdem nicht gewährt. So bleiben wir von Informationen und Erkenntnissen anderer abhängig, denen der Zugang leichter gemacht wurde.

*In eine mögliche allgemeine Überprüfung der Bäder muß natürlich auf der einen Seite der Bedarf des Schulschwimmens im Stadtgebiet berücksichtigt werden, auf der anderen Seite aber auch der Zuschußbedarf und techn. Stand aller 3 Bäder in Dorsten!!*

Wichtig ist auch, dass alle Mitarbeiter mitgenommen werden in dem Prozess der Umgestaltung, der Effizienzsteigerung und finanzielle Einsparungen zur Folge haben soll.

*Interkommunale Zusammenarbeit* - eine gute Idee, von der Stadt Dorsten seit Jahren angestrebt und mit einzelnen Aufgaben und Kommunen gut umzusetzen. Klar, dass andere Bereich als Messwagen oder Gutachterausschuß mit in den Prüfungskatalog gelangen müssen, ebenso klar auch, dass Kooperationen mit mehr als jeweils 1 weiteren Stadt im Kreisgebiet die (einsparende) Kooperation gesucht werden muss.

Wären wir über die GKD besser bedient, könnten wir uns auf preiswertere und sparsamere Software stützen, würden sich sofort viel umfangreichere Einsparungspotentiale eröffnen.

Die Verwaltung wäre aber gut beraten, die betroffenen Ämter und deren Personal „mitzunehmen“, mit einzubeziehen. So geschehen jetzt mit dem RPA, wie wir erfahren konnten. Da drängt sich doch die Frage auf; Hauptsache weg? Mit Kritik? Ist es doch das einzige Amt, das auch dem Rat unterstellt ist und nicht nur dem Verwaltungsvorstand.

Wo sieht Marl den positiven Aspekt? In dem, was unser Amt mitbringt, was uns schon 5 stellige Beträge gekostet hat, die Marl dann einsparen kann? Wo liegt dann und wie erkennbar – die Einsparung für Dorsten? Wir müssten dann immer als Dorstener Ratsmitglieder eine Anfrage an die Verwaltung von Marl stellen. Wie würden die Handelnden selber empfinden, wenn mit ihren Ämtern und Stellen so verfahren worden wäre?

Das war nicht vertrauenserweckend!

Wir sehen auch Potential in der Kreisumlage. Mit engagierter Herangehensweise lässt sich auch in Pflichtaufgaben sparen, ohne Qualität einzubüßen. Beispiel Gesundheitsamt Nebenstelle in Gladbeck: 1/3 der vorherigen Fläche, nämlich 400 qm, reichen auch aus.

Alle öffentlichen Haushalte müssen sparen und die Einnahmen im Blick haben. Die durch zukünftige Steuergelder finanzierten Unterstützungen in 3 stelliger Milliardenhöhe der Banken – Verdiener daran: Die Deutsche Bank und der Fond für Griechenland – Profiteur ebenfalls Deutsche Banken und u.a. ein Milliardär aus Griechenland gefährden den sozialen Frieden, nicht nur in Deutschland.

Wie sich Parteien, die ernst genommen werden wollen, da noch weigern mögen an einer Umsetzung von Tobin- und auch anderen Finanzumsatzsteuern bleibt uns ein Rätsel. Vielleicht hilft da ja die nächste Wahl, vielleicht schon bald in NRW?

Wir geben auch noch mal zu bedenken, die Beteiligung an New Park aufzugeben. Das verpflichtet uns zu erheblichen Zahlungen; ob wir aber an einer möglichen Gewerbesteuererinnahme beteiligt werden und sich das vor allem auch rechnen wird ist ökonomisch fragwürdig. Ökologisch ist das Projekt ohnehin ein Desaster, die Auswirkungen bekommen wir auf jeden Fall zu spüren!

Dank besonderer Fördermittel haben wir in Dorsten noch einmal die Chance in 3 Bereichen, an einer zukunftssicheren Struktur zu arbeiten. Der Stadtumbau in Barkenberg ist fast abgeschlossen, Soziale Stadt Hervest und die Entwicklung der Zechen- und Ruhrgasbrachen stehen bevor und fordern uns alle, auch die Beteiligung der Bevölkerung!

Diese Prozesse und auch die selbstbewußte Einforderung der Stadt nach ausreichender Finanzierung von Land und Bund - wenn Gesetze erlassen werden, deren Umsetzungen das letzte Glied in der Kette bezahlen soll, nämlich die Kommune - braucht eine starke Stimme, einen **solidarischen Rat**.

Das heißt aber nicht, dass die Verwaltung und die Ratsmehrheit entscheidet und der Rest zuckt kurz, wird aber nicht mit einbezogen! Das kann nicht funktionieren, nicht mit uns.

Wir gehen davon aus, dass die Gesprächs – und Diskussionskultur sich verbessert. Sonst müssten wir zukünftig den Haushalt und das Sicherungskonzept ablehnen.

Heute stimmen wir zu.